Fünf Beschwerden abgewiesen

Herisau Der Regierungsrat hat fünf identische Stimmrechtsbeschwerden abgewiesen. Dies teilt die Kantonskanzlei in einer Medienmitteilung mit. Der Urnengang vom 26. November über Gegenvorschlag und Eventualvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» wird somit nicht verschoben. Die Beschwerden seien formell und materiell identisch. Unter anderem bemängelten die Eingaben, dass der Regierungsrat es in Bezug auf den Gegenvorschlag unterlassen habe, die Bevölkerung über die konkreten Folgen für das Wahlsystem des Kantonsrates zu informieren. Gemäss Ratsschreiber Roger Nobs wurde gefordert, dass die Regierung klar sagt, dass mit 3 bis 5 Gemeinden die Einführung des Proporzwahlsystems zwingend ist. Weil dies nicht geschehen ist, verlangten die Eingaben die Verschiebung der Abstimmung.

Umstrittenes Edikt

Der Regierungsrat hält fest, dass das Wahlsystem nicht Gegenstand der Abstimmungsvorlage ist. Welche Auswirkungen sich für das Wahlsystem ergeben, sei bei Annahme des Gegenvorschlags im Rahmen des verfassungsrechtlichen Auftrags zu prüfen, so die Regierung. Im Weiteren wurde in den Beschwerden auch auf Aussagen im Edikt, in einem Zeitungsinterview und auf der Website des Kantons Bezug genommen. Diese Texte sind nach Ansicht des Regierungsrats entgegen der Meinung der Beschwerdeführer weder irreführend noch falsch oder widersprüchlich. Die Regierung hat somit über Stimmrechtsbeschwerden entschieden, von denen sie selbst betroffen ist. Das ist rechtens: Nach Artikel 62 des Gesetzes über die politischen Rechte ist beim Regierungsrat Beschwerde zu führen, wenn Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen geltend gemacht werden. Dies gilt auch bei Wahlen und Abstimmungen, die die Regierung vorbereitet. *(kk/cal)*

In Armeefahrzeug gefahren

Waldstatt Am Donnerstagabend ist es in Waldstatt zu einem Unfall zwischen einem Personenwagen und einem Fahrzeug der Armee gekommen. Alle Insassen blieben unverletzt. Kurz vor 20.45 Uhr fuhr ein 24-jähriger Automobilist in Richtung Schönengrund. Ausgangs Waldstatt kam er gemäss Medienmitteilung mit dem Auto ins Schleudern und geriet auf die Gegenfahrbahn. Dabei kollidierte er mit einem entgegenkommenden Militärfahrzeug. Durch die Wucht wurden beide Fahrzeuge von der Fahrbahn abgewiesen und kamen in der Wiese zum Stillstand. Die Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbar und mussten abgeschleppt werden. Der gesamte Sachschaden beträgt mehrere zehntausend Franken. *(kpar)*

Hübsche Dörfer, aber sanierungsbedürftige Gemeindestrukturen: Ob die Fusionen von oben oder von unten eingeleitet werden sollen, ist in Appenzell Ausserrhoden umstritten.
Bild: Gian Ehrenzeller/ Keystone

Leitartikel zur kantonalen Abstimmung am 26. November

Die Gemeindestrukturen gehen uns alle an

Nun steht sie endlich bevor, die Ausserrhoder Jahrhundertabstimmung: Nach den vielen Podien, Infoveranstaltungen, Berichten und Leserbriefen entscheidet das Stimmvolk am 26. November über die künftigen Gemeindestrukturen. Befürworter des Gegenvorschlags setzen sich für die Reduktion auf drei bis fünf Gemeinden ein. Anhänger des Eventualantrags wollen die Gemeindenamen aus der Verfassung streichen, um den Weg für Fusionen von unten zu ebnen.

Die Debatten waren der historischen Bedeutung der Vorlage entsprechend hitzig. Aussergewöhnlich war die grosse Präsenz der Regierungsräte. Trotz beträchtlichen Aufwands blieben sie dem Volk aber teils klare Antworten schuldig. Zwar geht es beim Urnengang um einen Grundsatzentscheid und die finanziellen Folgen sind aktuell nicht abschätzbar. Klarheit herrscht erst, wenn entschieden ist, welche Gemeinden zusammengeschlossen werden. Allerdings hätte die Regierung mit dem Aufzeigen von Fusions- und Kosten-Szenarien dem Volk etwas mehr Orientierung bieten können und müssen.

Diese Unschärfe verunsichert. Die Befürworter des Eventualantrags, die Fusionen von oben bekämpfen, nützen dies geschickt aus. Sie scheuen sich nicht, Ängste zu schüren. Gebetsmühlenartig warnen sie vor undemokratischen Zwangsfusionen. Dieser Vorwurf greift aber zu kurz. Am Abstimmungssonntag geht es nicht primär um die Zukunft von Schönengrund oder Reute, sondern um die des ganzen Kantons. Wie die Regionen strukturiert sind, welche Zukunftsaussichten bestehen, um Strukturprobleme besser in den Griff zu bekommen, geht alle Hinter-, Vorder- und Mittelländer an. Schliesslich fliessen Steuergelder aus Walzenhausen oder Teufen in den Finanzausgleich, um strukturschwache Gemeinden zu stützen.

Und Hinter-, Vorder- oder Mittelländer haben auch indirekt die Konsequenzen zu tragen, wenn der Kanton bei wichtigen Sachvorlagen ausgebremst wird, weil er sich nach den schwächsten Gliedern der Kette ausrichten muss. Die Gemeindestrukturen betreffen also alle Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder. Es ist daher richtig, dass sie bei einer Gesamtreform diese gemeinsam bestimmen.

Auch weitere Argumente gegen die Schaffung von drei bis fünf Gemeinden halten einer kritischen Betrachtung nicht stand. So wird eine Gemeindeautonomie vorgetäuscht, die es so schon lange nicht mehr gibt. Die Betonung der eigenen Selbstständigkeit einiger Gemeinden bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Ausgleichszahlungen ist nicht frei von Ironie. Auch der drohende Identitätsverlust der Dörfer ist ein Scheinargument. Nur die Verwaltungen werden fusioniert. Vereine, Organisationen und gesellschaftliche Aktivitäten bleiben bestehen.

Und mit der Behauptung, dass kleineren Dörfern ein Bedeutungsverlust bevorstehe, wird nicht nur künftigen Gemeinderäten wenig Vertrauen entgegengebracht. Es stellt Speicher, Reute oder Lutzenberg ein schlechtes Zeugnis aus. Dörfer und Gemeinden sind heute schon fast nie deckungsgleich. Wenn ein Interessenausgleich zwischen Weilern und Dorfteilen unmöglich ist, wie behauptet wird, dann sollten Speicher und Speicherschwendi oder Lutzenberg und Wienacht-Tobel getrennte Wege gehen. Dann müsste man sich konsequenterweise für mehr und nicht für weniger Gemeinden einsetzen.

Dass die Fusionen organisatorisch ein gewaltiger Lupf sind, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Neugestaltung des Kantons ist komplex, die Herausforderung riesig. Allerdings besteht die einmalige Chance, Ausserrhoden auf einen Schlag, in einem grossen Miteinander und in nützlicher Frist fitter für die Zukunft zu machen. Beim Eventualantrag wird hingegen zu vieles auf unbestimmte Zeit dem Zufall überlassen. Das bereits bestehende Leistungsgefälle könnte zunehmen, da unattraktive, sprich finanzschwache Gemeinden auf der Strecke bleiben könnten.

Die «Appenzeller Zeitung» hat sich bereits Ende 2011 mit ihrem Vorschlag «AR 2.0» für einen ganzheitlichen Ansatz und eine umfassende Gebietsreform ausgesprochen. An dieser Position und der dahinter stehenden Analyse hat sich nichts geändert. Die Strukturprobleme sind nach wie vor vorhanden, sie haben sich sogar akzentuiert. Ausserrhoden stagniert seit Jahren bei der Bevölkerungszahl, das kommt nicht von ungefähr.

Aber klar stehen aktuell nicht alle Gemeinden wegen Überforderung und Personalmangels kurz vor der Aufgabe. Doch auch hier stellt sich die Frage der Perspektive: Der Blick sollte sich auf die Zukunft richten. Wenn die Bewältigung des Alltags bereits jetzt Gemeinden derart grosse Probleme bereitet, wie wollen diese die künftigen und komplexeren Herausforderungen bewältigen und den steigenden Ansprüchen der Bevölkerung gerecht werden?

Der Reformbedarf in Ausserrhoden ist gross, das ist unbestritten. Wie bereits in der Bibel steht, sollt ihr sie an den Taten erkennen: So sprachen die vergangenen Jahre Bände über den Zustand der Gemeinden. Aufgefallen sind sie nicht durch innovative Ideen oder einen ausgeprägten Gestaltungswillen. Viel mehr waren das stetige Jammern und Ächzen prägend, wenn sie neue Aufgaben übernehmen oder grössere Infrastrukturvorhaben oder Gesetzesanpassungen stemmen mussten. Die Flucht in Dutzende Zusammenschlüsse, Zweckverbände und Vereinbarungen zur Bewältigung von Kernaufgaben hat ebenfalls massiv zugenommen – auch dies ist entlarvend für die stetig steigende Überforderung.

Grössere Gemeinden sind nicht per se ein Allheilmittel. Doch die Gestaltungsmöglichkeiten werden darin deutlich erweitert, was zu besseren Lösungen führen kann und sollte. Die fusionierten Gemeinden sind auch nicht günstiger, doch für das Geld erhalten die Bürgerinnen und Bürger professionellere Dienstleistungen. Die leicht steigende Anonymität der Verwaltung muss nicht zwingend ein Nachteil sein. Im Zuge der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft kann es von Vorteil sein, wenn sich Wutbürger und Gemeindemitarbeiter nicht ständig im Turnverein über den Weg laufen. Sowieso: Eine Gemeinde mit 15 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist im schweizweiten Vergleich nicht übermässig gross. Sie wäre gut handelbar.

Die zentrale Frage lautet also am 26. November: Für welche Perspektive entscheidet sich das Stimmvolk? Will es den Kopf in den Sand stecken, stimmt es für ein doppeltes Nein und löst damit eine Schockstarre aus. Reicht der Blick nur bis an die eigene Gemeindegrenze, spricht es sich für den Eventualantrag aus, der vorerst keine Probleme löst, dafür eine Dauerbaustelle schafft. Sind die Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder aber mutig und liegt ihnen das Wohl des gesamten Kantons am Herzen, sagen sie Ja zum Gegenvorschlag und Ja zur Reduktion zu drei bis fünf Gemeinden.

David Scarano
david.scarano@chmedia.ch